

## Beschluss Grüne Strukturen auf dem Land stärken

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

### Antragstext

- 1 Bereits der Name unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für zwei wichtige  
2 Grundsätze: Eine starke Ausrichtung auf Bündnisarbeit und Solidarität sowie das  
3 Bekenntnis zu unserem geeinten Deutschland. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht,  
4 trotz großer Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen gleichwertige  
5 Lebensverhältnisse zu schaffen, oder wie es die Bundestagsfraktion formuliert:  
6 "Wir wollen die zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land überwinden und die  
7 strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen abbauen." Diesen Satz wollen  
8 wir mit Leben füllen.
- 9 Strukturell und konzeptionell verteilt sich unsere Partei heute sehr  
10 unterschiedlich. Sie hat teils sehr starke Regionen und Wahlergebnisse, viele  
11 Neueintritte in wirtschaftsstarken Regionen und großen Städten. Dem gegenüber  
12 stehen in den ländlichen Räumen oft ehrenamtliche Einzelkämpfer\*innen, die  
13 vermehrt Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt sind. Es braucht daher auch mehr  
14 hauptamtliche Unterstützung und Strategien, um unsere Mitglieder zu stärken in  
15 ihrem Engagement für eine offene Demokratie. Besonders nach den letzten  
16 Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern mit einem teils  
17 dramatischen Rückgang der bündnisgrünen Wahlergebnisse müssen wir uns als  
18 Gesamtpartei der Frage stellen, wie wir in den kommenden Jahren an einer  
19 Verbesserung unserer Präsenz und Wirkkraft überall im Land arbeiten.
- 20 Als solidarische und kämpferische Partei, die wir sind, müssen wir uns  
21 unterhaken und die Sichtbarkeit für GRÜN auch in ländlichen Räumen verbessern  
22 und gewährleisten. Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt  
23 nur gemeinsam. Um unsere Zukunft erfolgreich zu gestalten, setzen wir uns dafür  
24 ein, dass ländliche und urbane Räume nicht als Gegensätze, sondern als  
25 gegenseitige Ergänzungen verstanden werden. Damit dieses Miteinander gelingt,  
26 bieten wir uns als der politische Partner für alle Menschen an – in Stadt und  
27 Land.
- 28 Gerade außerhalb von Wahlkämpfen bedeutet dies konkret:
- 29 1. die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu  
30 städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen;
  - 31 2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten;
  - 32 3. Orts- und Kreisverbände aus ländlichen Regionen organisatorisch,  
33 finanziell und personell gezielt stärken.
- 34 Zu 1: Die programmatischen Angebote bündnisgrüner Politik müssen ländliche  
35 Regionen in allen Politikfeldern stärker mitdenken. Dies gilt unter anderem für  
36 die Energie- und Wärmewende, für den Ausbau der (digitalen) Infrastruktur sowie  
37 für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik. Das tun unsere kommunalen Fraktionen

38 überall im Land. Gerade in den ländlichen Räumen entscheidet sich, ob wir die  
39 Herausforderungen unserer Zeit meistern, den Zusammenhalt stärken und für alle  
40 Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Um hier realistische  
41 Angebote für die hier lebende Bevölkerung zu machen, gilt es auch die  
42 Bedürfnisse und Rechte von Minderheiten zu berücksichtigen - denn beispielsweise  
43 leben auf dem Land 20% der Menschen mit einer Behinderung. Mit Blick auf den  
44 demografischen Wandel sind unter anderem notwendige Reformen der  
45 Krankenhauslandschaft und Projekte der medizinischen Versorgung dringend  
46 umzusetzen. Auf dem Land und besonders in Ostdeutschland leben jetzt schon  
47 proportional mehr Ältere. Auch für Menschen mit Behinderungen fehlt oftmals der  
48 Zugang zu Mobilität oder Gesundheitsversorgung. Diese Perspektiven wollen wir  
49 bei der Formulierung unserer programmatischen Ziele einbeziehen, indem wir die  
50 unterschiedlichen Bedarfe in Stadt und Land gleichberechtigt berücksichtigen.

51 Zu 2. Aktionen und Kampagnen müssen die ländlichen Regionen ganzjährig und auch  
52 außerhalb der Wahlkampfsaison im Blick haben und sich stärker an deren  
53 Bedürfnissen orientieren. Um den unterschiedlichen Bedarfen der vielfältigen  
54 Regionen gerecht zu werden, müssen wir die Strukturen unserer Partei nachhaltig  
55 stärken. Grundlage hierfür ist unser Selbstverständnis als Bündnispartei und  
56 eine Politik auf Augenhöhe, die auf Zuhören und einen offenen Dialog mit den  
57 Menschen setzt. Zugleich wollen wir viel selbstbewusster Erfolge und Chancen  
58 grüner Politik im ländlichen Raum kommunizieren, etwa bei der Energiewende,  
59 lokaler Wertschöpfung oder im Natur- und Artenschutz. Nur so können wir  
60 verstehen, welche Themen die Menschen bewegen und mit ihnen ins Gespräch kommen.  
61 Gesprächsangebote und der Aufbau von Netzwerken schaffen Vertrauen in unsere  
62 Arbeit vor Ort. Die Kampagnen müssen diese Ziele unterstützen. Gleichzeitig  
63 braucht es die Präsenz in der Fläche. Tagungen und Veranstaltungen der  
64 Bundespartei und der Landesverbände sollen verstärkt in ländlichen Räumen  
65 stattfinden bzw. in diese hineinwirken. Zudem sollen offizielle Termine von  
66 Amts- und Mandatsträger\*innen rechtzeitig an die Mitglieder vor Ort kommuniziert  
67 und nach Möglichkeit bei den Besuchen auch Veranstaltungen mit den Menschen vor  
68 Ort geplant werden.

69  
70 Den Mitgliedern, die hier unter teils prekären Bedingungen und in einem  
71 aufgeheizten Diskussionsklima für unsere Politik eintreten, müssen wir  
72 verlässlich und kräftig unter die Arme greifen und in eine gute und gleichmäßige  
73 Arbeit aller Parteiorgane investieren. Dafür braucht es einen neuen Aufbruch und  
74 das Bekenntnis der ganzen Partei, solidarisch nach innen zu unterstützen, um  
75 überall vor Ort solidarisch nach außen wirken zu können. Die Schulung von  
76 Mitgliedern im Umgang mit anti-grünen Narrativen, Hass und Gewalt wollen wir  
77 ausbauen.

78 Zu 3. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich  
79 auch in den organisatorischen, finanziellen und personellen Möglichkeiten der  
80 Orts- und Kreisverbände. Um die ländlichen Regionen in den Fokus bündnisgrüner  
81 Politik zu stellen, müssen die bündnisgrünen Strukturen in diesen Regionen  
82 deutlich gestärkt werden. Daher müssen wir in gemeinsamer Verantwortung im  
83 ganzen Bundesgebiet eine sichere Basis für unsere politische Arbeit vor Ort  
84 stellen. Grundlage einer wirksamen und nachhaltigen politischen Arbeit ist die  
85 Schaffung von mehr hauptamtlichen Stellen, die die Orts- und Kreisverbände,  
86 insbesondere die ohne Fraktionen, Geschäftsführung oder Mandatsträger\*innen,  
87 unterstützen oder direkt vor Ort angesiedelt werden könnten.

88  
89 Hohe Kosten für Mobilität sowie fehlende Barrierefreiheit dürfen keine Hürde für  
90 die politische Teilhabe sein. Alle Interessierten sollen in unserer Partei  
91 wirksam werden können. Darüber hinaus wollen wir die politische Teilhabe von  
92 Menschen mit Vielfaltsmerkmalen auch in ländlichen Flächenkreisen weiter  
93 unterstützen. Zusätzlich braucht es konsequente Professionalisierung und die  
94 Übernahme von spezifischen Aufgaben durch die Landesverbände: Bei Buchhaltung,  
95 Webseite, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die  
96 Kreisgeschäftsstellen auf die Kommunikation mit den Wähler\*innen und den  
97 Mitgliedern konzentrieren können. Für eine gute Öffentlichkeits- und  
98 Medienarbeit, insbesondere Social Media, braucht es Unterstützung aus der  
99 Partei, um Reichweite und Wirkung zu stärken.

100 Zur Stärkung der bündnisgrünen Arbeit sollen daher:

101 a) Die Stärkung grüner Strukturen in ländlichen Räumen hat eine große Bedeutung  
102 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Im Zuge der aktuellen Haushaltsplanung unterstützen  
103 der Bundesverband und die Landesverbände gemeinschaftlich die Einführung  
104 regionaler Wahlkampfmanager\*innen zur Stärkung der Wahlkampfaktivitäten der  
105 Kreisverbände in strukturschwachen Landesverbänden. Die Wahlkampfmanager\*innen  
106 sollen für die politische Arbeit der Kreisverbände zur Verfügung stehen. Dazu  
107 werden für 2024/25 400.000 € aus dem Solifonds verwendet.

108 Zudem unterstützt der Bundesverband den Wahlkampf vor Ort durch eine  
109 unkomplizierte Subventionierung für das Aufstellen von Werbegroßflächen im  
110 Bundestagswahlkampf mit bis zu 1 Million €. Bei dieser Subventionierung werden  
111 Kreisverbände in strukturschwachen Regionen gezielt dem Solidargedanken  
112 entsprechend stärker bezuschusst. Das verringert den finanziellen Druck auf  
113 diese Kreisverbände sofort und wirksam.

114 Um grüne Strukturen für die Zukunft zu sichern, weiterzuentwickeln und  
115 perspektivisch zu verbessern soll der Bundesverband Vereinbarungen mit den  
116 Landesverbänden mit strukturschwachen Kreisverbänden treffen. Der dafür zur  
117 Verfügung stehende Strukturfonds muss mit den dafür nötigen Mitteln ausgestattet  
118 sein. Der Bundesfinanzrat prüft, ob es die Haushaltslage erlaubt, im  
119 Wahlkampfbudget weitere Mittel für die Unterstützung strukturschwacher  
120 Kreisverbände bereit zu stellen. Kurzfristig sind mit den Landesverbänden  
121 Brandenburg und Thüringen Vereinbarungen zu treffen, welche über ein  
122 Sonderbudget zur Stabilisierung grüner Strukturen eine Unterstützung in Höhe von  
123 weiteren insgesamt 100.000 Euro festlegt.

124 Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und  
125 Sachsen-Anhalt wird der Bundesverband gemeinsam mit den Landesverbänden eine  
126 Entwicklung und Stärkung der Kreisverbände unterstützen und dazu konkrete  
127 Vorschläge erarbeiten. Die gegenseitige Unterstützung stärkerer und schwächerer  
128 Kreisverbände unterstützt der Bundesverband durch organisatorische und  
129 konzeptionelle Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen ausgebaut und verstetigt  
130 werden.

131 b) Der Bundesfinanzrat wird gebeten, einen für den Bundeshaushalt 2027 wirksamen  
132 Vorschlag einer neuen solidarischen Finanzierung der Parteistrukturen von  
133 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterbreiten, um den Herausforderungen einer wachsenden  
134 Partei zu begegnen und um die Grundlagen für eine flächendeckende  
135 Professionalisierung zu schaffen. Dabei sollen die sehr unterschiedlichen

136 Strukturen und Ausgangsvoraussetzungen der Gliederungen besondere Beachtung  
137 finden. Dafür muss in einem ersten Schritt geklärt werden, welche Aufgaben die  
138 jeweiligen Gliederungen möglichst effizient übernehmen können. Im Anschluss wird  
139 ausgehend von diesen Aufgabenzuschnitten und Rahmenbedingungen ein  
140 Finanzierungsmodell erarbeitet. Die Aufgabenklärung soll dem Bundesvorstand und  
141 dem Parteirat Anfang 2026 vorgestellt werden.